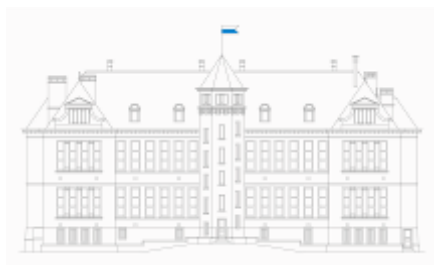


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **SONDERRAT BESTIMMT BELGISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN VAN ROMPUY ZUM RATSPRÄSIDENTEN UND HANDELSKOMMISSARIN ASHTON ZUM HOHEN VERTRETER FÜR AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK**

Der Europäische Rat (ER) hat auf einer Sondersitzung am 19.11.2009 einvernehmlich den christdemokratischen, belgischen Ministerpräsidenten *Herman van Rompuy* für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren als ersten Präsidenten des Europäischen Rates und die britische Labourpolitikerin und derzeitige Handelskommissarin *Catherine Ashton* als Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, die gleichzeitig Vizepräsidentin der Kommission ist, für eine Amtszeit von fünf Jahren nominiert. Die formellen Ernennungen sollen nach dem Inkrafttreten des Lissabonvertrags am 01.12.2009 erfolgen. Die Europäische Kommission muss nunmehr nominiert werden und als Ganzes vom Europäischen Parlament bestätigt werden.

Die Schlussfolgerungen des Sonderrates finden sich unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ec/111343.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/111343.pdf)

### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG AM 11./12.11.2009 IN BRÜSSEL**

Bei einem Festakt mit *Václav Havel*, dem ehemaligen Präsidenten sowohl der Tschechoslowakei als auch der Tschechischen Republik, gedachte das EP unter Vorsitz von Präsident *Jerzy Buzek*, dem ehemaligen polnischen Ministerpräsident, dem Mauerfall vor 20 Jahren und dem demokratischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa. In der Debatte zum Europäischen Rat vom 29./30.10.2009 kündigte der schwedische Ratspräsident *Fredrik Reinfeldt* die Einberufung eines Sondergipfels zur Besetzung der EU-Spitzenposten für den 19.11.2009 an. In einer Entschließung zum EU-Gipfel mit Russland am 18.11.2009 zeigten sich die Abgeordneten besorgt über die Lage der Menschenrechte in Russland. Das EP forderte zudem die Berücksichtigung seiner neuen Haushaltskompetenzen ab dem 1. Tag des Lissabonvertrages, eine gemeinsame Planung bei der Alzheimer-Forschung. Es befasste sich zudem mit dem Jahresbericht 2008 des Europäischen Bürgerbeauftragten sowie den



Voraussetzungen für Visaerleichterungen für Albanien und Bosnien-Herzegowina (s. auch Berichte aus den Ressorts).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm)

### **ERWEITERUNG: WICHTIGER SCHRITT FÜR ALBANIEN ZUM EU-BEITRITT**

Der Außenministerrat hat am 16.11.2009 gemäß Art. 49 EUV den Beitrittsantrag von Albanien vom April 2009 zur Prüfung und Stellungnahme an die Kommission weitergeleitet. Mit diesem Schritt ist der Aufnahmeprozess für Albanien offiziell eingeleitet worden.

### **LISSABONVERTRAG: KONSULTATION ZUR „BÜRGERINITIATIVE“**

Die Kommission hat am 11.11.2009 im Rahmen eines Grünbuchs eine Konsultation bis Ende 2010 zu den praktischen Einzelheiten der in Art. 11 Abs. 4 EUV vorgesehenen „Bürgerinitiative“, mit der eine Million Bürger, die Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten sein müssen, die Kommission zur Vorlage eines bestimmten Gesetzgebungsvorschlags auffordern können, gestartet .

Einsendungen bis Ende Januar 2010 an:

[http://europa.eu/documentation/official-docs/green-papers/index\\_de.htm](http://europa.eu/documentation/official-docs/green-papers/index_de.htm)

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/citizens\\_initiative/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **EINIGUNG ÜBER GEBÄUDEENERGIERICHTLINIE**

Vertreter der schwedischen Ratspräsidentschaft, des Parlaments und der Kommission haben sich über die Neufassung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden geeinigt. Ab 2020 sollen EU-weit nur noch Gebäude errichtet werden, die nicht wesentlich mehr Energie verbrauchen, als sie selbst erzeugen. Ab 2018 soll dies bereits für Neubauten der öffentlichen Hand gelten. Mindeststandards sind auch für Renovierungen vorgesehen. In Energieausweisen sollen Empfehlungen für weitere Sparmaßnahmen gegeben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1733&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



<http://www.se2009.eu/en/2.543/2.578/2.737/2.755/1.24215>

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/051-64747-322-11-47-909-20091118IPR64746-18-11-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-64747-322-11-47-909-20091118IPR64746-18-11-2009-2009-false/default_de.htm)

### **EP UNTERSTÜTZT VISAFREIHEIT FÜR MAZEDONIEN, MONTENEGRO UND SERBIEN – ALBANIEN UND BOSNIEN-HERZEGOWINA SOLLEN RASCH HINZUKOMMEN**

Das Europäische Parlament hat den Vorschlag der Kommission, die Visalistenenverordnung 539/2001 zu ändern, um die Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens, soweit sie Inhaber biometrischer Reisepässe sind, von der Visapflicht bei Reisen in die EU zu befreien, gebilligt. Das EP fordert aber, noch weiter auf Albanien und Bosnien-Herzegowina zuzugehen und bereits jetzt deutlich zu machen, dass die Bürger von der Visapflicht befreit werden, sobald die Kommission die Erfüllung der Voraussetzungen feststellt. Der Rat Justiz und Inneres will die Änderung der Verordnung am 30.11.2009 annehmen und plant, die Visabefreiung für Mazedonien, Montenegro und Serbien am 19.12.2009 in Kraft zu setzen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=->

[//EP//TEXT+TA+20091112+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#sdocta](http://EP//TEXT+TA+20091112+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE#sdocta)

1

### **EUGH: GENERALANWALT BEANTRAGT ABWEISUNG DER KLAGE GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN ORGANISATION DES DATENSCHUTZES IM NICHT-ÖFFENTLICHEN BEREICH**

Generalanwalt *Mazák* hat seine Schlussanträge zur Klage der Kommission gegen Deutschland gestellt, in der eine Verletzung der EU-Datenschutzrichtlinie gerügt wird. Die Kommission bemängelte, dass die für die Überwachung der Datenverarbeitung bei Privatunternehmen zuständigen Kontrollstellen der Länder staatlicher Aufsicht unterstehen. Der Generalanwalt beantragt Klageabweisung, da die Kommission keine konkreten Einschränkungen der Arbeit der Kontrollstellen nachgewiesen hat (C-518/07).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT: ENTSCHEIDUNGSENTWURF ZU STOCKHOLMER PROGRAMM**

Am 12.11.2009 haben die Ausschüsse für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, für Recht und für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung eine Entschließung zur Mitteilung der Kommission zum Stockholmer Programm angenommen.

### **GRÜNBUCH ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN BEWEISERHEBUNG IM STRAFPROZESS**

Die Kommission hat am 11.11.2009 das Grünbuch zur „Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaat“ angenommen. Stellungnahmen können bis zum 22.01.2010 abgegeben werden.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0624:FIN:DE:PDF>

### **GRÜNBUCH ZUR VERKNÜPFUNG VON UNTERNEHMENSREGISTERN**

Am 04.11.2009 hat die Kommission ein Grünbuch zur Verknüpfung von Unternehmensregistern vorgelegt. Stellungnahmen können bis zum 31.01.2010 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/docs/2009/interconnection\\_of\\_business\\_registers/green\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2009/interconnection_of_business_registers/green_paper_de.pdf)

### **ERFOLGREICHE BEKÄMPFUNG UNSERIÖSER ANGEBOTE VON HANDYKLINGELTÖNEN**

Seit dem 02.06.2008 haben die Mitgliedstaaten der EU sowie Irland und Norwegen in einer gemeinsamen Aktion über 300 Websites überprüft, auf denen Klingeltöne oder Hintergrundbilder für Mobiltelefone zum kostenpflichtigen Download angeboten wurden; inzwischen wurden 70 % der Fälle geklärt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1725&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

**WESENTLICHE PUNKTE DER ABSCHLUSSERKLÄRUNG DER G-20-FINANZMINISTER NACH IHREM TREFFEN AM 7. NOVEMBER IN ST. ANDREWS**

Da die wirtschaftliche Erholung noch uneinheitlich und nicht selbsttragend ist, sollen die Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft und die Finanzmärkte zunächst fortgeführt werden. Es sollen aber bereits jetzt Ausstiegsstrategien entwickelt werden. Die Strategien sollen auf G-20-Ebene koordiniert werden. Zu dem auf dem G-20-Gipfel in Pittsburgh vereinbarten Rahmen für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum wurde ein Zeitplan vereinbart. Einig waren sich die Finanzminister auch darin, weitere Anstrengungen zur Stärkung der Finanzmärkte zu unternehmen. Keine Einigung gab es beim Thema Klimaschutzfinanzierung.

[http://www.g20.org/Documents/2009\\_communique\\_standrews.pdf](http://www.g20.org/Documents/2009_communique_standrews.pdf)

**WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 10. NOVEMBER 2009**

Der ECOFIN-Rat einigte sich auf eine allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie zur Änderung der Eigenkapitalrichtlinie (Änderungen zu den Kapitalanforderungen für das Handelsbuch und für Wiederverbriefungen, Vergütungen im Bankensektor). Daneben wurde eine politische Einigung über die Änderung der Tabaksteuerrichtlinie erzielt. Vorgesehen ist die Anhebung der Mindeststeuersätze auf Zigaretten und die Annäherung der Mindeststeuersätze für Feinschnitttabak an die Mindeststeuersätze von Zigaretten. In Deutschland liegen sowohl der feste Anteil als auch der proportionale Anteil bereits über den erhöhten Mindestsätzen. Mit der vom ECOFIN-Rat angenommenen Solvency II-Richtlinie sollen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Versicherungswirtschaft verbessert und Versicherungsnehmer und Begünstigte besser geschützt werden. Weitere Themen waren u. a. der Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen für den Finanzsektor, die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, die Verstärkung der Anstrengungen zum Bürokratieabbau und die Verringerung des mit Statistiken verbundenen Verwaltungsaufwands:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/111025.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111025.pdf)



## VERFAHREN WEGEN EINES ÜBERMÄSSIGEN DEFIZITS

Die EU-Kommission hat sich am 11. November 2009 mit Verfahren bei einem übermäßigen Defizit; u. a. gegen Deutschland; befasst. Die Kommission schlägt dem Rat vor, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik eine Frist für die Korrektur der übermäßigen Defizite bis zum Jahr 2013 zu setzen. Belgien und Italien sollen ihr Defizit bereits 2012 wieder unter 3 % reduzieren. Frankreich, Irland, Spanien und das Vereinigte Königreich, gegen die bereits im April das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit eingeleitet worden war und die aus Sicht der Kommission wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen haben, will die Kommission aufgrund der Verschärfung der globalen Krise mehr Zeit für die Korrektur ihrer Defizite einräumen (Frankreich und Spanien bis 2013, Irland bis 2014, Vereinigtes Königreich bis 2014/2015). Das Defizitverfahren gegen Griechenland, das aus Sicht der Kommission keine wirksamen Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen hat, soll verschärft werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1694&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article16132\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16132_en.htm)

## JAHRESBERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES

Der Europäische Rechnungshof hat am 10. November 2009 seinen Bericht für das Haushaltsjahr 2008 veröffentlicht. Der Europäische Rechnungshof bewertet die Budgetverwaltung als insgesamt zuverlässig. Negative Prüfungsurteile hat der Rechnungshof in den Bereichen "Kohäsion", "Forschung, Energie und Verkehr" sowie "Außenhilfe, Entwicklung und Erweiterung" abgegeben. Am stärksten mit Fehlern behaftet ist der Bereich "Kohäsion", auf den fast ein Drittel der Haushaltsmittel entfällt. Für den Bereich "Landwirtschaft und natürliche Ressourcen", auf den fast die Hälfte der Haushaltsmittel entfällt, gab der Europäische Rechnungshof erstmals kein negatives Prüfungsurteil ab.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3266335.PDF>

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3258376.PDF>

## EU-HAUSHALT 2010: ZWEITE LESUNG IM RAT DER EU AM 18. NOVEMBER 2009

Am 18. November 2009 hat sich der ECOFIN-Rat in zweiter Lesung auf den EU-Haushalt 2010 geeinigt. Formal wird der EU-Haushalt beim Agrarrat am



20.11.2009 angenommen. Zuvor hatte sich der Rat mit einer Delegation des Europäischen Parlaments im Rahmen der üblichen Konzertierung verständigt. Die Gesamtsumme der Zahlungsermächtigungen für 2010 beläuft sich nunmehr auf rund 122,9 Mrd. € (1,03 % des Bruttonationaleinkommens). Der deutsche Finanzierungsanteil am EU-Haushalt 2010 wird voraussichtlich 19,5 % betragen. Der EU-Haushalt enthält insbesondere den zweiten Teil des Europäischen Konjunkturprogramms (2,4 Mrd. € in Verpflichtungsermächtigungen). Eine weitere wichtige Maßnahme sind zusätzliche 300 Mio. € (Hilfspaket für den Milchsektor). Mit der Verständigung zwischen Rat und Parlament und der zweiten Lesung des EU-Haushalts 2010 im Rat kann das Verfahren zur Aufstellung des Haushalts rechtzeitig im Dezember abgeschlossen werden. Die zweite Lesung im Europäischen Parlament wird voraussichtlich Mitte Dezember 2009 stattfinden.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/111307.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111307.pdf)

#### **KOMMISSION GENEHMIGT KAPITALZUFÜHRUNGEN FÜR HYPO REAL ESTATE VORLÄUFIG UND WEITET UNTERSUCHUNG DER HRE-UMSTRUKTURIERUNG AUS**

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2009 die SoFFin-Kapitalzuführungen von insgesamt 6 Mrd. € zur Rettung der Hypo Real Estate (HRE) vorläufig genehmigt und eine eingehende Untersuchung der Restrukturierungsmaßnahmen angekündigt (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

#### **EINIGUNG BEI DER GEBÄUDE-ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE ERZIELT**

Vertreter des Ministerrats und des Europäischen Parlaments haben sich am 17. November 2009 in informellen Verhandlungen über die Neufassung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie geeinigt. Bei der Energieeffizienz von Gebäuden soll es ab 31. Dezember 2020 nur noch solche Gebäude geben, die nicht wesentlich mehr Energie verbrauchen, als sie selbst erzeugen (Nahe-Null-Energie-Gebäude). Ab 2018 soll dies bereits für Neubauten der öffentlichen Hand gelten. Mindestenergiestandards gelten bei Renovierungen ab



25 % des Gebäudewerts oder der Gebäudeaußenfläche. Die Energieausweise von Gebäuden werden ab 2017 um Empfehlungen für weitere Energiesparmaßnahmen ergänzt, die ohne großen technischen Aufwand möglich sind (s. Beitrag im Bereich des StMI).

### **EINIGUNG ÜBER REFORM DER ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG ERZIELT**

Ebenfalls am 17. November 2009 haben sich Vertreter der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments über die Novellierung der Richtlinie zur Energieverbrauchskennzeichnung geeinigt. Danach wird es künftig nicht nur für Elektrogeräte, sondern für alle energierelevanten Produkte (z. B. Fenster, Außentüren oder Duschköpfe) eine solche Kennzeichnung geben. Für die Einordnung werden die bisher gebräuchlichen Effizienzklassen von „A“ bis „G“ beibehalten. Diese Klassifizierung kann künftig um die Klassen „A+“, „A++“ und „A+++“ ergänzt werden.

### **RAT VERABSCHIEDET SOG. „SOLVENCY II-RICHTLINIE“**

Der Rat der Finanzminister hat am 10. November 2009 die Richtlinie mit neuen Solvabilitätsregeln für Versicherungsunternehmen, die sog. „Solvency II“-Richtlinie verabschiedet. Die Richtlinie soll die Aufsicht über Versicherungsunternehmen stärken, da die existierenden Regelungen nicht mehr aktuell sind. Sie stellt auch einen neuen Rahmen für die EU-Gesetzgebung in diesem Bereich dar, da sie 14 bestehende Versicherungsrichtlinien novelliert und in einem Gesetzestext zusammenfasst. Die Annahme durch den Rat beruht auf einer Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung, so dass sie nun im Amtsblatt veröffentlicht werden kann (s. auch EB 08/2009).

### **KOMMISSION GENEHMIGT KAPITALZUFÜHRUNGEN FÜR HYPO REAL ESTATE VORLÄUFIG UND WEITET UNTERSUCHUNG DER HRE-UMSTRUKTURIERUNG AUS**

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2009 die SoFFin-Kapitalzuführungen von insgesamt 6 Mrd. € zur Rettung der Hypo Real Estate (HRE) vorläufig genehmigt und eine eingehende Untersuchung der Restrukturierungsmaßnahmen angekündigt.



### **BERICHT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES ZUR AUSFÜHRUNG DES EU-HAUSHALTSPLANS 2008 VORGELEGT**

Der Europäische Rechnungshof hat am 10. November 2009 seinen Bericht für das Jahr 2008 vorgelegt und die Rechnungsführung der EU darin zum zweiten Mal in Folge als insgesamt zuverlässig bewertet. Zwar muss der Europäische Rechnungshof immer noch Defizite bei der Mittelverwendung aus dem EU-Haushalt feststellen, kann jedoch gegenüber den Vorjahren weitere Verbesserungen feststellen. Der erzielte Fortschritt geht im Wesentlichen auf den Bereich „Landwirtschaft und natürliche Ressourcen“ (s. Beitrag im Bereich des StMELF) zurück. Der Themenkreis „Kohäsion“ bleibt mit einem Fehleranteil von 11 % weiterhin problematisch.

[http://eca.europa.eu/portal/page/portal/eca\\_main\\_pages/home](http://eca.europa.eu/portal/page/portal/eca_main_pages/home)

### **KOMMISSION LEGT NEUEN BERICHT ÜBER HANDELSHEMMNISSE GEGEN DIE EU VOR**

Die Europäische Kommission hat am 6. November 2009 ihren neuen Handelsbericht vorgelegt. Danach haben die Haupthandelspartner der Europäischen Union zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 über 220 Maßnahmen ergriffen, die sich als Handelshemmnisse auswirken können. Diese reichen von klassischen Handelsbeschränkungen, wie Einfuhrverboten oder Zollerhöhungen, bis hin zu subtileren Maßnahmen, wie einer Politik der Bevorzugung einheimischer Waren. Etwa 5 % der EU-Produkte sind allein von klassischen Handelsbeschränkungen betroffen.

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=485>

### **EUROPAMINISTERIN MÜLLER GIBT MIT DONUMENTA-VERANSTALTUNG AUFTAKT ZUR BAYERISCHEN DONAUIINITIATIVE IN BRÜSSEL**

Am 17. November 2009 lud Europaministerin *Müller* zu einer Auftaktveranstaltung zur Bayerischen Donauinitiative in die Bayerische Vertretung in Brüssel ein. Dabei wurde das internationale Kunst- und Kulturfestival „donumenta“ vorgestellt, das jährlich in Regensburg veranstaltet wird und Künstlern aus dem gesamten Donauraum eine vielbeachtete Plattform bietet.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **EU FINANZMINISTER ERHÖHEN MILCHFONDS AUF 300 MIO. EUR**

Die europäischen Finanzminister haben am 18.11.2009 das Hilfspaket für den Milchsektor (Milchfonds) in Höhe von 300 Mio. EUR angenommen. Die Finanzminister entsprachen damit den Forderungen von 21 Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament. Ursprünglich hatte die Kommission 280 Mio. EUR im Rahmen des Agrarrates am 19./20.10.2009 vorgeschlagen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMF in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/111307.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111307.pdf)

### **EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF: JAHRESBERICHT 2008 BEWERTET AGRARAUSGABEN ÜBERWIEGEND POSITIV**

Der Europäische Rechnungshof bescheinigt in seinem am 10.11.2009 veröffentlichten Jahresbericht, eine verbesserte Haushaltsführung der EU und gibt ein uneingeschränktes Prüfungsurteil ab. Die Verbesserungen sind in erster Linie auf den Themenkreis „Landwirtschaft und natürliche Ressourcen“ zurückzuführen. Erstmals wird für diesen Bereich kein negatives Prüfungsurteil abgegeben. Die Fehlerquote im Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums sei jedoch immer noch wesentlich, wenn auch niedriger als in den Vorjahren. Insgesamt wurde für die Zahlungen im Agrarbereich eine Fehlerquote von 2 % festgestellt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT in diesem EB).

### **„BRÜSSELER MILCHHERBST“ WIRBT IN DER VERTRETUNG DES FREISTAATES BAYERN FÜR MILCH UND BAYERN**

Auf Initiative von MdEP *Angelika Niebler* und der Kreisbäuerin von Weilheim-Schongau, *Silvia Schlögel*, wurde am 10.11.2009 in der Vertretung des Freistaates Bayern der „Brüsseler Milchherbst“ veranstaltet. Ziel der Veranstaltung war es, Milch als köstliches und kostbares Lebensmittel und dessen Vorzüge für die Ernährung darzustellen sowie für ein positives Image zu werben. Rund 220 Besucher probierten die von 30 Landfrauen aus dem Pfaffenwinkel eigens für diesen Abend hergestellten Köstlichkeiten und versuchten sich beim Käselaibschätzen, Milchtesten und stellten am Melkstand ihr Können unter Beweis. Zuvor zeigte Kreisbäuerin *Silvia Schlögel* auf, wie der Milchweg im Pfaffenwinkel und der Milchherbst im Pfaffenwinkel, der mittlerweile in mehre-



ren Landkreisen Südbayerns durchgeführt wird, entstanden sind. Vertreterinnen des Tourismusverbands Pfaffenwinkel und von Urlaub auf dem Bauernhof machten deutlich, welche bedeutende Rolle die Milchwirtschaft für den Tourismus in dieser Region einnimmt.

### **NEUES EUROPÄISCHES SCHADSTOFFREGISTER FÜR LUFT, GEWÄSSER UND BÖDEN**

Am 09.11.2009 haben die Kommission und die Europäische Umweltagentur das neue Europäische Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister E-PRTR (European Pollutant Release and Transfer Register) vorgestellt. Die Datenbank E-PRTR ist ein EU-weites, internetgestütztes Recherchesystem über Schadstoffemissionen, die durch registrierte Anlagen (u. a. Tierhaltung) in die Luft, in Gewässer und den Boden abgegeben werden (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

<http://prtr.ec.europa.eu/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **DRITTER EUROPÄISCHER GLEICHSTELLUNGSGIPFEL: STÄRKUNG DER ZUSAMMENARBEIT BEI DER BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG**

Die europaweite Zusammenarbeit in Fragen der Gleichstellungspolitik stand im Mittelpunkt des dritten Europäischen Gleichstellungsgipfels, den die schwedische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission am 16./17. November 2009 in Stockholm veranstalteten. Die Veranstaltung, die erstmals unter deutscher Ratspräsidentschaft zum Auftakt des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle 2007 stattfand, soll eine Plattform zum Erfahrungsaustausch zwischen politischen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern, Gleichbehandlungsstellen und Nichtregierungsorganisationen bei der Bekämpfung von Diskriminierungen bilden. Zu den Beratungen um die fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie will die schwedische Ratspräsidentschaft dem bevorstehenden Beschäftigungs- und Sozialministerrat am 30. November 2009 einen Fortschrittsbericht vorlegen.

[http://www.se2009.eu/en/meetings\\_news/2009/11/17/protection\\_against\\_discrimination\\_is\\_a\\_human\\_right](http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/17/protection_against_discrimination_is_a_human_right)



### **EUROBAROMETER-UMFRAGE: ZUNAHME VON ALTERSDISKRIMINIERUNGEN INFOLGE DER REZESSION AM ARBEITSMARKT BEFÜRCHTET**

In einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage, die die Europäische Kommission im Vorfeld des dritten Europäischen Gleichstellungsgipfels am 9. November 2009 veröffentlicht hat, gaben – wie bereits in der Vorjahresuntersuchung – 16 Prozent der Befragten an, Opfer von Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts, einer Behinderung oder der sexuellen Ausrichtung geworden zu sein. 64 Prozent der EU-Bürger erwarten zudem dieser Erhebung zufolge, dass die Rezession zu einer Zunahme von Diskriminierungen aufgrund des Alters auf dem Arbeitsmarkt führen werde. Nach Informationen der EU-Kommission habe in der Wahrnehmung der Bürger auch die Ungleichbehandlung aufgrund einer Behinderung zugenommen.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_317\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_317_de.pdf)

### **EUROSTAT: STARKER RÜCKGANG DER BESCHÄFTIGUNG VON ARBEITSKRÄFTEN MIT NIEDRIGER QUALIFIKATION**

Als Folge der Wirtschaftskrise hat die EU-Statistikbehörde Eurostat zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 einen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um 1,9 Prozent auf 222,7 Millionen Menschen in der EU verzeichnet. Die Abnahme der Beschäftigung falle jedoch geringer aus als der Abschwung der Wirtschaftstätigkeit, was nach Informationen von Eurostat u. a. auf eine vermehrte Teilzeitarbeit zurückzuführen sei. Gleichzeitig belege die aktuelle Studie zu den Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung eine unterschiedliche Betroffenheit der Beschäftigten je nach Bildungsgrad.

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

### **ZWEITES EUROPÄISCHES INTEGRATIONSFORUM: KÜNFTIGE PRIORITÄTEN ZUR INTEGRATION VON ZUWANDERERN**

Um über künftige Prioritäten bei der Integration von Zuwanderern in der Europäischen Union zu beraten, trafen sich am 12./13. November 2009 Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft mit Entscheidungsträgern der EU-Organen. Gegenstand der Diskussionen bildeten ein Meinungs-austausch über Aspekte eines gemeinsamen Politikansatzes und die Finanzierung von Maßnahmen zur besseren Integration von Drittstaatsangehörigen in den EU-Mitgliedstaaten.



<http://www.integration.eu>

### **ARBEITSMARKT: KONFERENZ ZUM 15-JÄHRIGEN BESTEHEN DES EUROPÄISCHEN JOB-NETZWERKS „EURES“**

Mit einer Konferenz unter dem Motto „Eures@15andbeyond“ hat die Europäische Kommission am 16. November 2009 auf das 15-jährige Bestehen des europäischen Job-Netzwerks „Eures“ aufmerksam gemacht. Nach Informationen der Kommission bietet das Netzwerk jährlich Zugang zu mehr als 700.000 Stellen und umfasst 838 Berater sowie ein Stellenportal, das über freie Arbeitsplätze in 31 Ländern informiert. Dem Angebot komme in Zeiten der Wirtschaftskrise eine „noch wichtigere Rolle“ zu, sagte EU-Sozialkommissar *Špidla*. Mit 2,8 Millionen Besuchern monatlich könne es dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen.

<http://ec.europa.eu/eures/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **EU-BILDUNGSKOMMISSAR ŠEŤČOVIČ ERLÄUTERT IM EP-BILDUNGS-AUSSCHUSS HANDLUNGSPRIORITÄTEN**

EU-Bildungskommissar *Šeťčovič* stellte im Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments seine Handlungsprioritäten für den Bildungsbereich vor: Er strebe an, das lebenslange Lernen bei Erwachsenen zu fördern, zu mehr Mobilität zu ermuntern und bei jungen Menschen das Bewusstsein für die Möglichkeiten im Bereich kreativer und innovativer Industrien zu schärfen.

### **MANIFEST FÜR KREATIVITÄT UND INNOVATION IN EUROPA AN KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO ÜBERGEBEN**

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation haben die „Botschafter“ dieses Europäischen Jahres Kommissionspräsident *Barroso* ein „Manifest für Kreativität und Innovation in Europa“ übergeben. Die Verfasser des Dokuments fordern dazu auf, Kreativität in einem Prozess lebenslangen Lernens zu fördern und Schulen und Universitäten in Orte zu verwandeln, an denen Lernende und Lehrende kreativ denken und durch Praxis lernen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWFK in diesem EB).

[http://www.ejki2009.de/uploads/europaeisches\\_jahr\\_2009/manifesto\\_de.pdf](http://www.ejki2009.de/uploads/europaeisches_jahr_2009/manifesto_de.pdf)



## **NEUE AUSGABE DES THESAURUS EUROPÄISCHER BILDUNGSSYSTEME**

Das Eurydice-Netzwerk hat eine zweite Ausgabe des Thesaurus Europäischer Bildungssysteme (Thesaurus for Education Systems in Europe – TESE) erarbeitet und dabei die neuesten Entwicklungen in den Bildungssystemen und -politiken in Europa berücksichtigt.

<http://eacea.ec.europa.eu/portal/page/portal/Eurydice/TESEHome>

## **SPORT WIRD DURCH VERTRAG VON LISSABON ERSTMALS AUSDRÜCKLICH IN DEN EU-VERTRAG VERANKERT**

Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 01.12.2009 in Kraft treten wird, findet erstmals auch der Sport ausdrückliche Erwähnung in den EU-Verträgen. Gemäß Art. 165 des neuen Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (bisher Art. 149 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) trägt die Union zur Förderung der europäischen Dimension des Sports bei und berücksichtigt dabei dessen besondere Merkmale, dessen auf freiwilligem Engagement basierende Strukturen sowie dessen soziale und pädagogische Funktion. Die Union erhält dabei aber keine rechtsetzende Zuständigkeit für den Sportbereich, eine Harmonisierung der nationalen Rechtsvorschriften im Sport ist ausgeschlossen.

Mitte 2010 will die Kommission eine Mitteilung zur Auswirkung des Vertrags von Lissabon auf den Sport veröffentlichen, die weiterführende Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit im Bereich des Sports enthalten soll. Außerdem soll für die Jahre 2012 und 2013 ein eigenes EU-Förderprogramm aufgelegt werden, um Sportprojekte in Zukunft direkt fördern zu können. Auch in institutioneller Hinsicht wird die neue Regelung zum Bereich des Sports gewisse Veränderungen mit sich bringen.

## **EU GEWÄHRT 150 SPORTORGANISATIONEN IN EUROPA FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG**

Die Kommission unterstützt 18 Sportprojekte in der Europäischen Union, an denen insgesamt 150 Sportorganisationen beteiligt sind, mit 4 Mio. €. Unter den Projekten, die Sportverbände und -vereine, Dachorganisationen und Behörden einbeziehen, befinden sich vier Projekte, mit denen die Förderung des Schul- und Vereinsports unterstützt werden soll.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **EUROPÄISCHES PARLAMENT TRITT FÜR GEMEINSAME PROGRAMM- PLANUNG EIN**

Am 12.11.2009 setzte sich das Europäische Parlament mit Nachdruck für die Förderungspolitikstrategie der Gemeinsamen Programmplanung ein. Anhand des Pilotprojektes zur Erforschung von neurodegenerativen Krankheiten wirbt das Europäische Parlament für die Gemeinsame Programmplanung, basierend auf dem durch den Vertrag von Lissabon eingefügten Art. 182 Absatz 5. Hinsichtlich der Koordinierungslast bei der Bündelung der bisher einzelnen Forschungsförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten fordert das Parlament, die Schaffung neuer bürokratischer Einrichtungen zu vermeiden, vielmehr solle auf bestehende Strukturen aufgebaut werden.

Für die Forschungsagenda identifizierte das Parlament folgende Bereiche: Prävention, Biomarker (einschließlich genetische Disposition), Methoden der diagnostischen Bildgebung, Frühdiagnosemethoden, die auf einem fachgebietsübergreifenden Ansatz beruhen, die Standardisierung von Kriterien und Diagnoseinstrumenten und den Aufbau von Datenbanken mit breiter Basis.

### **SIEBEN GEBOTE ZUR ZUKUNFTSFÖRDERUNG DURCH KREATIVITÄT: EU-INNOVATIONSMANIFEST**

Am 12.11.2009 legten die 27 Botschafter des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 quasi als Quintessenz des Jahres ihr „Manifest für Kreativität und Innovation in Europa“ dem Kommissionspräsidenten *Barroso* vor. In „Sieben Geboten“ – sieben Prioritäten und sieben Aktionsbereichen – wird gefordert, zukünftige Investitionen mit neuen Institutionen, neuen Regeln und neuen Gewohnheiten zu kombinieren und die Kreativität als wichtigstes Werkzeug für die Verbindung von Nachhaltigkeit und Wohlstand zu nutzen. Wichtige Elemente der Sieben Gebote sind das lebenslange Lernen und die Förderung der Kreativität und des Praxisbezugs in den Hochschulen, aber auch der wissenschaftlichen Forschung und der Innovation sowie des interkulturellen Dialogs.

<http://www.create2009.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/PDF/Manifesto/manifesto.de.pdf>



## **AUSGABEN FÜR FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IN DER EU WEIT HÖHER ALS IN DEN USA UND IN JAPAN**

Das Ziel, die Investitionen im Forschungsbereich bis 2010 EU-weit auf 3 % des BIP zu bringen, rückt näher: 2008 haben europäische Unternehmen 8,1 % mehr in Forschung und Entwicklung (EuF) investiert als noch 2007, und so zum zweiten Mal die USA (5,7 %) und Japan (4,4 %) überholt, wie der „EU-Anzeiger für FuE-Investitionen der Industrie 2009“ der Europäischen Kommission aufzeigt. Diese Zahlen bleiben aber im Vergleich mit Asien zurück: China erreichte eine Steigerungsrate von 40 %, Indien 27,3 %, Taiwan 25,1 %.

Im Bericht der EU-Kommission wurden 1000 Unternehmen aus aller Welt mit den höchsten Forschungsausgaben berücksichtigt. Von den forschungsintensivsten 50 Unternehmen stammen 16 Unternehmen aus der EU (davon sieben aus Deutschland), 18 aus den USA und 13 aus Japan.

[http://iri.jrc.ec.europa.eu/research/scoreboard\\_2009.htm](http://iri.jrc.ec.europa.eu/research/scoreboard_2009.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

## **EINIGUNG BEI DER GEBÄUDE-ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE ERZIELT**

Vertreter des Ministerrats und des Europäischen Parlaments haben sich am 17.11.2009 in informellen Verhandlungen über die Neufassung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie geeinigt. Bei der Energieeffizienz von Gebäuden soll es ab 31.12.2020 nur noch solche Gebäude geben, die nicht wesentlich mehr Energie verbrauchen, als sie selbst erzeugen (Nahe-Null-Energie-Gebäude). Ab 2018 soll dies bereits für Neubauten der öffentlichen Hand gelten. Mindestenergiestandards gelten bei Renovierungen ab 25 % des Gebäudewerts oder der Gebäudeaußenfläche. Die Energieausweise von Gebäuden werden ab 2017 um Empfehlungen für weitere Energiesparmaßnahmen ergänzt, die ohne großen technischen Aufwand möglich sind (siehe hierzu auch Beiträge des StMI und des StMWIVT in diesem EB).

## **EINIGUNG ÜBER REFORM DER ENERGIEVERBRAUCHSKENNZEICHNUNG ERZIELT**

Am 17.11.2009 haben sich Vertreter der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments über die Novellierung der Richtlinie zur Energieverbrauchskennzeichnung geeinigt. Danach wird es künftig nicht nur für Elektrogeräte, sondern für alle energierelevanten Produkte (z. B. Fenster, Außentüren oder Duschköp-



fe) eine solche Kennzeichnung geben. Für die Einordnung werden die bisher gebräuchlichen Effizienzklassen von „A“ bis „G“ beibehalten. Diese Klassifizierung kann künftig um die Klassen „A+“, „A++“ und „A+++“ ergänzt werden (siehe hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

### **NEUES EUROPÄISCHES SCHADSTOFFREGISTER FÜR LUFT, GEWÄSSER UND BÖDEN**

Am 09.11.2009 haben die Kommission und die Europäische Umweltagentur das neue Europäische Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister E-PRTR (European Pollutant Release and Transfer Register) vorgestellt. Die Datenbank E-PRTR ist ein EU-weites, internetgestütztes Recherchesystem über Schadstoffemissionen, die durch registrierte Anlagen in die Luft, in Gewässer und den Boden abgegeben werden. Ab 2010 sollen die Daten jährlich zum April aktualisiert werden, wobei jeweils die Emissionsdaten aus dem zwei Jahre zurückliegenden Jahr verwendet werden.

<http://prtr.ec.europa.eu/>

### **ÖKONOMIE UND SCHUTZ DER ARTENVIELFALT – ZWEI NEUE TEEB-STUDIEN VERÖFFENTLICHT**

Am 13.11.2009 wurden in Brüssel zwei Studien des internationalen Projekts „Ökonomischer Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity) vorgestellt. Im Vorfeld der Klimaverhandlungen von Kopenhagen soll der „TEEB-Sachstandsbericht zur Klimaproblematik“ auf die besondere Rolle der Artenvielfalt im Zusammenhang mit dem Klimaschutz hinweisen. So können intakte Ökosysteme z. B. für eine natürliche Wasserregulierung, bzw. für Hochwasserschutz sorgen und die negativen Folgen des Klimawandels mindern. Der zweite Bericht stellt eine aktualisierte Zusammenfassung der ersten TEEB-Studie für politische Entscheidungsträger dar. Bis Oktober 2010 werden weitere gesonderte TEEB-Berichte erscheinen, die sich speziell an öffentliche Verwaltungen, Privatsektor und Verbraucher richten sollen.

TEEB-Webpräsenz:

<http://www.teebweb.org>

TEEB for Policy Makers Summary: Responding To The Value of nature:

<http://www.teebweb.org/LinkClick.aspx?fileticket=l4Y2nqqliCg%3d&tabid=924&language=en-US>



TEEB-Sachstandsbericht zur Klimaproblematik :

[http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/teeb\\_zusammenfassung\\_de.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/teeb_zusammenfassung_de.pdf)

<http://www.teebweb.org/LinkClick.aspx?fileticket=L6XLPaoaZv8%3d&tabid=1278&language=en-US>

### **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 11. BIS 12.11.2009; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 11. bis 12.11.2009 in Brüssel u.a. eine Entschließung zur gemeinsamen Programmplanung von Forschungstätigkeiten zur Bekämpfung neurodegenerativer Krankheiten angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0065+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP BEGRÜSST GEMEINSAME PLANUNG FÜR BESSERE ERFORSCHUNG UND BEKÄMPFUNG NEURODEGENERATIVER KRANKHEITEN**

Am 12.11.2009 hat das Europäische Parlament eine Entschließung zu der gemeinsamen Programmplanung von Forschungstätigkeiten zur Bekämpfung neurodegenerativer Krankheiten, insbesondere der Alzheimer-Krankheit, durch Handzeichen angenommen. Die Mitgliedstaaten sind aufgerufen, eine gemeinsame Forschungsagenda in dem Bereich neurodegenerativer Erkrankungen zu entwickeln und die epidemiologischen Daten über die Krankheiten durch Studien zu verbessern. Das EP begrüßt das von der Kommission im Juli vorgeschlagene Pilotprojekt bzw. die vorgeschlagene Ratsempfehlung (siehe EB 14/2009).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2009-0065+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **DROGEN ONLINE-HANDEL IM INTERNET BOOMT**

Am 05.11.2009 hat die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) ihren Jahresbericht 2009 „Stand der Drogenproblematik in Europa“ veröffentlicht.

Etwa 2,5 % der jungen Erwachsenen konsumieren fast täglich Cannabis. Trotz eines Konsumrückgangs bleibt er damit die verbreitetste Droge, mit weitem Abstand gefolgt von Kokain, Ecstasy, Amphetaminen und Opiaten wie Heroin.



Zunehmend wird die gleichzeitige Einnahme mehrerer Rauschmittel („polyvalenter Drogenkonsum“) in Verbindung mit Alkohol beobachtet. Ein immer breiteres Angebot an Drogen wird zudem über das Internet vertrieben.

[http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att\\_93236\\_DE\\_EMCDDA\\_AR2009\\_DE.pdf](http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_93236_DE_EMCDDA_AR2009_DE.pdf)

### **BAYERISCHE APOTHEKER ZU GAST IN BRÜSSEL – FACHGESPRÄCH ZUR EU-ARZNEIMITTELPOLITIK IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG**

Am 17.11.2009 traf sich der Vorstand der Bayerischen Landesapothekerkammer u.a. mit Vertretern der Kommission zu einem Meinungsaustausch über die EU-Arzneimittelpolitik in der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Für das Bayerische Gesundheitsministerium hob Ministerialdirektorin *Gernbauer* u. a. die ablehnende Position zum Kommissionsvorschlag hinsichtlich der Information von Patienten durch die Hersteller verschreibungspflichtiger Arzneimittel hervor.

### **KOMMISSION STÖßT DISKUSSION ÜBER ANTIBIOTIKARESISTENZEN AN**

Anlässlich des Europäischen Antibiotikages am 18.11.2009 hat die Kommission ein Arbeitspapier ihrer Dienststellen zu antimikrobiellen Resistenzen und den dadurch verursachten Gesundheitsproblemen veröffentlicht. Das Papier soll als Grundlage für eine Diskussion über eine bessere Bewältigung der Problematik dienen. In dem Arbeitspapier werden Maßnahmen der EU zur Überwachung von Antibiotikaresistenzen sowie im Bereich Risikobewertung und Risikomanagement dargestellt. Gleichzeitig werden die Auswirkungen u. a. auf die öffentliche Gesundheit, die Bekämpfung von Zoonosen, die Gesundheit von Tieren und Forschungstätigkeiten verdeutlicht. Das Arbeitspapier gibt jedoch nicht die offizielle Position der Kommission wieder, und die vorgebrachten Ideen sollen etwaigen künftigen Kommissionsvorschlägen nicht vorgehen.

[http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/salmonella/antimicrobial\\_resistance.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/salmonella/antimicrobial_resistance.pdf)

### **ERHÖHUNG DER TABAKSTEUER DURCH DEN FINANZMINISTERRAT**

Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) konnte am 10.11.2009 eine politische Einigung über den Richtlinienentwurf zur Änderung der Tabaksteuerrichtlinie erzielen. Ziele sind neben dem Gesundheitsschutz die Anglei-



chung der Steuersätze in der EU und die Eindämmung des Zigarettenschmuggels. Die Mindeststeuer auf Zigaretten wird bis 2014 von 57 % des durchschnittlichen Verkaufspreises auf 60 % erhöht, wobei die Steuer auf 1000 Zigaretten mindestens 90 € betragen muss (derzeit 64 €). Bulgarien, Griechenland, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen und Rumänien müssen die neuen Mindestsätze erst ab 2018 erheben. Dafür erhalten die anderen Mitgliedstaaten das Recht, bis 2018 die Zigaretteneinfuhr aus diesen Ländern zu beschränken. Die Mindeststeuer für Feinschnitttabak soll schrittweise an die von Zigaretten angenähert werden. In Deutschland liegen sowohl der feste Anteil als auch der proportionale Anteil bereits über den erhöhten Mindestsätzen (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

#### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUM BREITBAND-INTERNET**

Nach einem Bericht der Europäischen Kommission, der am 18.11.2009 veröffentlicht wurde, ist Breitband-Internet in der EU trotz Wirtschaftskrise weiter auf dem Vormarsch. Der Anteil der europäischen Haushalte, die über einen festen Breitbandanschluss verfügen, stieg dem Kommissionsbericht zufolge von 21,6 Prozent im Juli 2008 auf 24 Prozent im Juli 2009. Mit einem Wachstum von 54 Prozent gewannen auch mobile Breitbandnetze europaweit an Bedeutung und würden bereits von 4,2 Prozent der Bürger genutzt. Zudem werde die Breitbandübertragung immer schneller. 80 Prozent der Breitbandverbindungen in der EU erreichen nun eine Download-Geschwindigkeit von mindestens zwei Megabit/Sekunde (Mbit/s).

#### **MEDIENKOMMISSARIN VIVIANE REDING STELLT FAHRPLAN FÜR DEN NEUEN DIGITALEN VERBRAUCHER AUF**

*Viviane Reding*, Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, hat in mehreren Reden Anfang November die Prioritäten der „Europäischen Digitalen Agenda“ vorgestellt. Während sie auf einer EU-Konferenz zu Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT) im schwedischen Visby am 09.11.2009 betonte, ihr Ziel sei es, die noch existierenden „Mauern in der digitalen Welt einzureißen“, ging sie in einer Konferenz der Europäischen Verbraucherchutzorganisation BEUC am 12.11.2009 auf eine Europäische Digitale Agenda für den „Neuen Digitalen Verbraucher“ ein.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/519&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/524&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION SIEHT EINFÜHRUNG VON DOMAIN-NAMEN IN NICHT-LATEINISCHER SCHRIFT ALS WICHTIGEN SCHRITT ZU EINEM GLOBALEN INTERNET**

Auf einem Treffen des Internet-Verwaltungsforums IGF im ägyptischen Sharm El-Sheikh hat die Europäische Kommission am 15.11.2009 die Ankündigung, dass internationale Domainnamen ab sofort auch in nicht-lateinischen Schriftzeichen beantragt werden können, als einen Meilenstein auf dem Weg zu einem wirklich globalen Internet begrüßt. Bisher mussten Internet-Domainnamen zwingend entweder ganz oder zumindest teilweise aus Schriftzeichen des lateinischen Alphabets bestehen (vgl. EB 13/2009). ICANN, die Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und -Adressen die das zentrale Stammverzeichnis des Internet verwaltet, führte am 16.11.2009 ein Schnellverfahren für internationale Länderdomains wie „eu“ oder „bg“ ein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1717&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>